Veröffentlichung im UVP-Portal

**„Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)
Änderung des Mastes Nr. 38 der 110kV-Leitung Ü30.0 Haßfurt - Hofheim“**

Die Bayernwerk Netz GmbH plant aufgrund des Neubaus des Umspannwerkes Hofheim den Ersatzneubau von Mast Nr. 38 der 110kV- Hochspannungsfreileitung Ü30.0 Haßfurt - Hofheim, um künftig eine dauerhafte Anbindung des Umspannwerkes Hofheim gewährleisten zu können. Die Trassenlänge der Leitung Ü 30.0 beträgt 12,3 km.

Der bestehende Tragmast Nr. 38 wird durch einen Kreuztraversenmast ersetzt. Der Standort des neuen Mastes wird dabei innerhalb der Leitungsachse liegen, ca. 8 m zum Bestandsmast entfernt. Die beiden Provisorien, welche nördlich und südlich neben dem Bestandsmast aufgestellt sind, werden nach dem Bau des neuen Mastes abgebaut. Da der neue Mast Nr. 38 höher sein wird als der Bestandsmast, werden sich die Seilkurven sowie die Überspannung zwischen dem Mast Nr. 38 und dem UW Hofheim unwesentlich ändern. Die Tragketten werden durch Abspannketten ersetzt, wobei die Farbe und die Form der Isolatorketten gleichbleiben wird.

Für das Vorhaben war nach § 9 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 4 und § 7 Abs. 1 UVPG unter Berücksichtigung der einschlägigen Kriterien der Anlage 3 zum UVPG zu prüfen, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Diese Vorprüfung hat im Rahmen einer Gesamteinschätzung ergeben, dass durch das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen unter Berücksichtigung der Anlage 3 zum UVPG zu besorgen sind, die nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären. Dabei konnte offenbleiben, ob eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 und 4 i.V.m. § 7 Abs. 2 UVPG ausgereicht hätte, da jedenfalls auch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 und 4 i.V.m. § 7 Abs. 1 UVPG zu demselben Ergebnis führt.

Diese Feststellung beruht im Wesentlichen auf folgenden Gründen:

Der vorbelastete Standort ist hinsichtlich seiner Nutzung, Qualität und Kategorisierung teilweise zwar dauerhaft, jedoch nur geringfügig nachteilig betroffen. Die Schwelle zur Erheblichkeit wird bei keinem der relevanten Schutzgüter überschritten (auch nicht in der Gesamtbetrachtung).

Der Mast wird nur in 8 m Entfernung vom bisherigen Standort ersatzneugebaut. Der Trassenverlauf und der Verlauf des Schutzstreifens bleiben durch das Vorhaben unverändert. Das Bodenaustrittsmaß mit 14,47 m² und das Fundament mit einem Umfang von 100 m³ des neuen Mastes sind größer als bei dem Bestandsmast, welcher ein Bodenaustrittsmaß von 3,14 m² und einen Fundamentumfang von 41,50 m³ hat. Im Gegenzug dazu wird der Bestandsmast über der Erdoberkante vollständig und sein Fundament unter der Erdoberkante im Umfang von 12,60 m³ zurückgebaut. Es kommt zu keiner zusätzlichen Oberflächenversiegelung durch den Neubau des Mastes. Ansonsten ist eine Flächeninanspruchnahme für die Arbeitsfläche, inkl. der Baustelleneinrichtungsfäche, im Umfang von ca. 1600 m² während der Bauzeit im vorbelastetem Gebiet vorgesehen. Für die Baustellenzuwegung wird weitestgehend das öffentliche Wegenetz verwendet, sowie eine landwirtschaftliche Fläche im Umfang von 370 m². Die landwirtschaftlich genutzte Fläche wird im Anschluss an die Baumaßnahme wiederhergestellt. Für die temporär genutzte Arbeitsfläche werden ausreichende Vermeidungsmaßnahmen vorgesehen. Diese Fläche dient nach dem Ersatzneubau von

Mast Nr. 38 als Ausgleichsfläche für den vorangegangenen Neubau des Umspannwerks Hofheim. Die Nutzung der Fläche als Arbeitsfläche für den Ersatzneubau des Mastes Nr. 38 wird durch den Abzug von 3480 Wertpunkten von einem Ökokonto ausgeglichen. Der Umfang der Erdarbeiten beträgt beim Neubau 240 m³ und beim Bestandsmast 40 m³.

Der anfallende Abfall (Beton, Stahlschrott, Erdaushub, Holzpaletten) wird fachgerecht entsorgt.

Eine erhebliche dauerhafte visuelle Beeinträchtigung tritt durch die Masterhöhung von > 10 % ein. Für diese Erhöhung wird eine Ersatzgeldzahlung gemäß BayKompV geleistet. Es handelt sich zudem um die Erhöhung von nur einem Mast, welcher sich in unmittelbarer Nähe zum Umspannwerk Hofheim befindet. Die Beeinträchtigung durch die Masterhöhung geht daher lediglich geringfügig über die Vorbelastung hinaus.

Durch das Vorhaben sind keine Veränderungen an Grund- oder Oberflächenwasser zu erwarten. Gehölzrückschnitte oder Rodungsarbeiten finden auf den betroffenen Flächen nicht statt.

Erhebliche Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt sind durch die Arbeiten nicht zu befürchten. Für die auf der Arbeitsfläche vorkommenden Zauneidechsen wurden die vorgesehenen Vergrämungs- und Umsiedlungsmaßnahmen bereits durch die Vorhabenträgerin umgesetzt. Die Maßnahmen zum Schutz der Zauneidechse umfassten insbesondere das Aufstellen eines Reptilienschutzzauns um das Baufeld, die regelmäßige Kontrolle des Baufeldes auf Zauneidechsenvorkommen und die Umsiedlung der Zauneidechsen auf unmittelbar an das Baufeld angrenzende Zielflächen. Für die potentiell vorkommenden Vogel – und Pflanzenarten werden ausreichende Vermeidungsmaßnahmen, wie beispielsweise die Beachtung der Brutzeiten, vorgesehen. Beim Rückbau eines Provisoriums des Bestandmastes ist die Entfernung eines darauf befindlichen Elsternestes erforderlich. Da das Nest in diesem Jahr nicht mehr besetzt war, handelt es sich um keine Fortpflanzungs- und Ruhestätte, so dass keine Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG der Höheren Naturschutzbehörde der Regierung von Unterfranken für die Nestentfernung erforderlich ist. Es besteht vorliegend keine Notwendigkeit, eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Wohnbebauung ist in ausreichendem Abstand vorhanden. Die Grenzwerte der 26.BImSchV werden nicht überschritten und die elektromagnetischen Felder erhöhen sich nicht. Des Weiteren werden die Anforderungen der AVV Baulärm eingehalten. Im Vergleich zur bestehenden Vorbelastung entsteht keine höhere Beeinträchtigung, sodass eine unmittelbare Betroffenheit für die Schutzgüter Mensch/ Bevölkerung/ Wohnen nicht gegeben ist. Der Gebietscharakter wird nicht verändert. Es handelt sich offensichtlich nicht um einen empfindlichen Standort.

Die weiteren Auswirkungen des Vorhabens sind lediglich auf die Bauzeit beschränkt, etwa Abgase, Staubentwicklung, Erschütterungen und ähnliche baustellentypische Belästigungen, wie Baustellenverkehr. Diese werden durch geeignete Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen begrenzt und treten zudem nicht durchgehend in konstanter Stärke während der Bauphase auf. Die Bauzeit wird insgesamt auf ca. 6 Wochen geschätzt.

Der Umfang des Vorhabens liegt deutlich unter den Prüfwerten nach Anlage 1 zum UVPG. Die Auswirkungen sind umso geringer einzustufen als die Prüfwerte für eine unbedingte UVP-Pflicht unterschritten werden. Die Nr. 19.1.1 der Anlage 1 zum UVPG sieht für eine unbedingte UVP-Pflicht eine Leitungslänge von mehr als 15 km und eine Nennspannung von 220kV vor. Hier beträgt die Gesamtlänge der Trasse lediglich 12,3 km. Es handelt sich außerdem um eine 110kV-Leitung, hierfür ist bereits gar keine unbedingte UVP-Pflicht gesetzlich vorgesehen.

Der Vorhabenträger sieht darüber hinaus umfangreiche Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen vor, so dass die Beeinträchtigungen auf ein Minimum reduziert werden können und die Erheblichkeitsschwelle bei keinem Schutzgut überschritten wird.

Nachteilige Effekte durch ein Zusammenwirken mit anderen Vorhaben sind nicht ersichtlich. Die Wirkungen der bestehenden Anlagen in unmittelbarer Nähe wurden in die Betrachtung einbezogen. Planungen sind nicht bekannt.

Darüber hinaus sind Tatsachen, aufgrund derer erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen zu besorgen wären, der Regierung von Unterfranken nicht bekannt.

Sonstige Schutzgüter des UVPG werden nicht tangiert. Auch sind keine Wechselwirkungen ersichtlich.

Diese Mitteilung gilt als Bekanntgabe nach § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

Würzburg, den 25.09.2020
Regierung von Unterfranken